

Linke Alternativen für Wien*

1.) Arbeit und Soziales

Wir stehen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Reproduktionsarbeit für Frauen und Männer sowie für die Umverteilung und Neubewertung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Gegen die wachsende Armut ist – so unsere Meinung - ein von Erwerbsarbeit unabhängiges bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen notwendig.

Wir fordern die sofortige generelle Arbeitszeitverkürzung ohne weitere Flexibilisierung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich als ersten Schritt, um Arbeit neu zu verteilen.

Wir fordern eine aktive Lohnpolitik, die Inflation und Produktivitätswachstum berücksichtigt und die Einkommensunterschiede verringert sowie einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von zehn Euro.

Das Arbeitslosengeld muss erhöht und auf die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert werden, Restriktionen gegen Arbeitslose müssen beseitigt werden.

Wir sagen: die besten 15 Jahreseinkommen sind wiederum als Berechnungsbasis für die Pension heran zu ziehen. Bildungszeiten müssen als Beitragszeiten anerkannt werden. Wir fordern die jährliche Valorisierung der Pensionen, wobei neben der Teuerung auch der Produktivitätszuwachs abzugelten ist.

Rücknahme der Verschlechterungen bei der Invaliditätspension für die unter 50 Jährigen

Wir fordern die Absenkung des Pensionsalters und die Schaffung einer bedingungslosen und somit echten existenzsichernden Mindestpension für alle.

2. Wohnen ist ein Menschenrecht

Weg mit den Einstiegskosten (Provisionen, Kautionen) in den Wohnungsmarkt!

Keine Mietzinse über den gegenwärtigen Richtwertmietzins. Keine Zuschläge! Keine befristeten Vermietungen

Rückkehr zum Kategoriemiettsystem - alle Wohnungen sollen dem Mietrecht unterliegen

Entkoppelung der Mieten vom Index

Wiederaufnahme des kommunalen, sozialen Wohnungsbaus durch die Gemeinde Wien

kein Verkauf von Wohnungen im öffentlichem Eigentum

Sanierungskosten dürfen nicht weiterhin zu 100% auf die MieterInnen überwält werden. Unser Vorschlag: je ein Drittel Förderung, ein Drittel EigentümerInnen und nur ein Drittel soll von den MieterInnen getragen werden.

Stopp der Gebühren-Erhöhlungen bei kommunalen Dienstleistungen

Wohnbeihilfe für alle Haushalte, wo mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Wohnung ausgegeben wird, Ja zu bundesweiten Heizkostenzuschüssen

Sämtliche wohnrechtliche Verfahren sowie gerichtliche Kündigungen und Besitzstörungsklagen sind kostenlos durchzuführen.

3. Nulltarif auf allen Öffis und Ja zu einer kostenlosen Energiegrundsicherung

Wir verlangen eine Ausweitung der öffentlichen Verkehrsmittel verbunden mit einem sofortigen Nulltarif auf allen Öffis, denn Gratis-Öffis würden ein noch stärkeres Umsteigen vom Auto auf die Öffis bewirken. Das wäre ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz und ein Schritt dazu, Österreich vor weiteren Strafzahlungen wegen Überschreitung der Klimaschutzziele zu bewahren.

Wir verlangen eine kostenlose Energiegrundsicherung (jeder Haushalt erhält ein kostenloses Kontingent an Energie, der über die Grundsicherung hinaus gehende Energieverbrauch wird progressiv besteuert) wäre von Wien-Energie, sofern gewollt, auch im Alleingang realisierbar.

Strom- und Gasabschaltungen bei Privathaushalten (aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten) lehnen wir ab, da Wien-Energie jährlich satte Gewinne einfährt.

Wir stehen für den Ausstieg aus der Atomenergie. Statt der Forcierung des Handels mit Emissionszertifikaten stehen wir für wirksame Maßnahmen zur Senkung der CO²-Belastung.

4. Frauenrecht ist Menschenrecht

- # Wir fordern den Ausbau unabhängiger feministischer Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen sowie von Interventionsstellen gegen Gewalt und umfassende Unterstützung von Frauenhäusern.
- # Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen Wiener Frauenrates, der aus Vertreterinnen dieser Frauen- und Mädcheneinrichtungen besteht.
- # Es ist dafür zu sorgen, dass Frauen – unabhängig von ihrer konkreten Lebenssituation - einen eigenen Pensionsanspruch erwerben können.
- # Wir fordern die Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch im Gesundheitsrecht und die ersatzlose Streichung der entsprechenden Paragraphen im Strafgesetzbuch.
- # Schwangerschaftsabbrüche sollen kostenlos in allen öffentlichen Spitälern mit gynäkologischen Abteilungen durchgeführt werden können.
- # Schutz vor radikalen AbtreibungsgegnerInnen muss durch entsprechende Schutzzonen rund um Ambulatorien gewährt werden.

5. Demokratie – Gleichberechtigung – Selbstbestimmung

Die Bevölkerung in Wien ist multiethnisch, doch durch rassistische Gesetze werden Nicht-StaatsbürgerInnen vielfach diskriminiert. Nicht-StaatsbürgerInnen verdienen deutlich weniger. Zugleich ist die Armutsgefährdung von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft deutlich höher. Durch illegale Beschäftigung produzieren Unternehmen Lohndruck, der auf alle Bereiche der Wirtschaft wirkt. Daher fordern wir gleiche soziale und politische Rechte (inkl. dem Wahlrecht) für alle Menschen, die in Österreich leben – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

- # Wir fordern den Zugang zu Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
- # Die Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt und bei der Bildung muss über pädagogische und rechtliche Schritte bekämpft werden.
- # Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl, denn Flucht ist kein Verbrechen. Wir fordern die Abschaffung der unmenschlichen Schubhaft.
- # Der Arbeitsmarkt muss für AsylwerberInnen geöffnet werden. Die menschenverachtenden Anhaltelager in den EU-Küstenstaaten sind aufzulösen. Offene Grenzen für die Menschen statt freier Verkehr für das Kapital!

Wir fordern die Abschaffung aller Sperrklauseln im Wahlrecht, die Überarbeitung der undemokratischen Wiener Stadtverfassung und Überlegungen und Vorschläge, die ein mehr an Partizipation aller Bürger und Bürgerinnen ermöglichen.

Die Entwicklung zum Überwachungsstaat muss gestoppt werden. Wir fordern die Rücknahme des Sicherheitspolizeigesetzes, des Militärbefugnisgesetzes und der Vorratsdatenspeicherung. ACTA und ähnliche Ideen, die auf die Kontrolle des freien Informationsflusses abzielen, lehnen wir ab.

Wir sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir fordern die strikte Anwendung des NS-Verbotsgesetzes. Offene und versteckte Neonazi-Aktivitäten oder die Verherrlichung von NS-Verbrechern darf in Wien keinen Platz haben – daher darf der WKR-Aufmarsch, egal unter welchem Namen, nicht hingenommen werden.

**** Das Dokument ist eine Kurzfassung des auf der Landeskonzferenz 2012 mit großer Mehrheit beschlossenen Antrags Linke Alternativen für Wien. Dieses Programm sowie Detailprogramme zu verschiedenen Bereichen, die ebenfalls bei der Landeskonzferenz 2012 beschlossen wurden, bildet die Grundlage für unsere inhaltliche Positionierung bei den Wiener Wahlen 2015.***